

Stop 5G in Aeugst a.A. - Petitionsübergabe

284 Personen haben die Petition unterzeichnet welche dem Aeugster Gemeinderat überreicht wurde



Erika Schäfer (2.v.r.) und Roger Nötzli (1.v.r.) vom Verein Stop5G in Aeugst übergeben die Petition an Gemeindepräsidentin Nadia Hausheer (2.v.l.) und Hochbauvorsteherin Rebekka Manso Parada (3.v.l.) unter Anwesenheit von Gemeindeschreiber Vit Styrsky (1.v.l.).

Am Mittwoch, 12. August 2020 wurde die Petition «Stop 5G in Aeugst am Albis» an die Gemeindepräsidentin Nadia Hausheer und die Hochbauvorsteherin Rebekka Manso Parada übergeben. Gesamthaft haben die Petition 284 Personen unterschrieben, davon 228 EinwohnerInnen aus Aeugst, was über 11% der Bevölkerung entspricht.

«Insbesondere aus Sorge um die potenziellen gesundheitlichen Auswirkungen der 5. Mobilfunkgeneration mit adaptiver Antennentechnologie hat der Verein «Stop5G in Aeugst» diese Petition lanciert,» erläutert Vereinspräsidentin Erika Schäfer, selbst als Geopathologin und Messtechnikerin EMF tätig. Weiter sagt sie: «Die warnenden Stimmen aus Medizin und Wissenschaft werden immer lauter, da die Auswirkungen dieser neuen Technologie auf Menschen, Tiere und Umwelt noch zu wenig erforscht sind.» Gemäss einem Rechtsgutachten von Pfisterer Fretz Rechtsanwälte fehlen für 5G auch heute noch immer notwendige Entscheidungsgrundlagen wie Vollzugshilfe, Messempfehlungen und ein auf adaptive Antennen ausgerichtetes Qualitätssicherungssystem, weshalb bei einem Entscheid über ein 5G-Bauge- such die Einhaltung des Vorsorgeprinzips nicht gewährleistet werden könne. Überall in der Schweiz – und wie die starke Beteiligung an unserer Petition bestätigt, auch in Aeugst - wächst die Opposition.

Die Unterzeichnenden der Petition verlangen vom Aeugster Gemeinderat für das ganze Gemeindegebiet auf die Erteilung von Baubewilligungen für neue Sendeanlagen mit hochfrequenter Strahlung sowie auf das Aufrüsten von bestehenden Mobilfunksendeanlagen auf 5G zu verzichten. Weiter soll die Bau- und Zonenordnung mit Bestimmungen über Mobilfunk-Antennen ergänzt werden, um so präventiv die Standortevaluation für neue Sendeanlagen kontrollieren und lenken zu können. Dazu soll der Gemeinderat möglichst rasch eine Planungszone mit Bezug auf Mobilfunksendeanlagen festsetzen. Planungszonen dürfen für längstens drei Jahre festgesetzt werden, wobei diese Frist soweit nötig um zwei Jahre verlängert werden kann. In der Planungszeit müssten dann sämtliche Bewilligungsverfahren für neue Sendeanlagen sistiert werden.

Gemeindepräsidentin Nadia Hausheer bestätigte, dass der Gemeinderat die Petition prüfen und die Aeugster Bevölkerung über die Petition und das diesbezüglich geplante Vorgehen des Gemeinderats informieren werde.